

Politische Alternativen
müssen wieder
sichtbar werden

Von der Milieu- zur Themenbindung

Armin Nassehi

Formen politischer Partizipation haben sich verändert. Einerseits beklagen Parteien und politische Verbände Mitgliederschwund und Desinteresse. Die Parteibindung ist zurückgegangen. Und Milieus, soweit man diese überhaupt noch in derselben Form unterschieden kann wie vor einer Generation, schlagen nicht mehr eindeutig auf Parteibindung beziehungsweise Wahlverhalten durch. Andererseits ist durchaus politische Partizipation zu beobachten. Man denke an Stuttgart 21, an das Wiedererstarken der Anti-Atom-Bewegung, an die Initiative zum Volksentscheid über die Bildungspolitik in Hamburg oder an vielfältige Initiativen, die sich vor allem für lokal bedeutsame Belange engagieren.

Dass manche dieser Formen politischen Engagements womöglich einen neuen Typus „Wutbürger“ hervorbringt, mag durchaus etwas damit zu tun haben, dass sich hier vor allem aus dem Fernsehen bekannte Protestformen medienwirksam inszenieren lassen. Es geht aber um mehr: Man kann an diesen Protestformen sehen, wie sich eine politisierte Öffentlichkeit Formen der Kommunikation sucht, die an anderen Stellen offenbar nicht mehr möglich sind.

Politische Partizipation ist übrigens eine paradoxe Figur. Einerseits ist die Demokratie auf Partizipation angewiesen, um zu legitimen Entscheidungen zu kommen und für diese Loyalität auch von denen in Anspruch nehmen zu können, die womöglich eine andere Entscheidung präferiert hätten. Andererseits ist

ein Staatsapparat auch in einer Demokratie auf die Begrenzung unmittelbarer Partizipation angewiesen. Zwar gehört es zur politischen Rhetorik, mehr Partizipation einzufordern, mehr Engagement und mehr Interesse an politischen Entscheidungsprozessen. Man stelle sich aber vor, die Bürger würden tatsächlich in dieser Weise partizipieren und sich in den politischen Prozess einbringen. Man kann die Verunsicherung staatlicher Politik geradezu mit Händen greifen, wenn es dann tatsächlich zu „zu viel“ Partizipation kommt – ob sich Leute nun gegen Castor-Transporte an Schienenketten oder in einem Stadtstaat in der Lage sind, die parlamentarisch beschlossene Bildungspolitik zu Fall zu bringen. Die Bandbreite ist groß – und außerparlamentarischer Protest trägt nicht mehr nur Palästinensertücher oder schwarze Helme, sondern auch Loden und feines Seidentuch. Die Bandbreite ist groß – Partizipation ist es aber allemal, und manchen ist es womöglich zu viel davon.

Basis Vertrauen

Ein erfolgreiches politisches Gemeinwesen ist auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft angewiesen. Dieses Vertrauen zeigt sich insbesondere darin, dass man den politischen Prozess auch ohne unmittelbare Beteiligung nachvollziehen kann. Deshalb haben Demokratien bestimmte Formen der Partizipation etabliert. Man könnte fast sagen: Die etablierten Formen der punktuellen Partizipation, vor allem Wahlen und Ab-

stimmungen, binden Politik und Publikum aneinander und vermögen im besten Fall, Partizipation letztlich für beide Seiten handhabbar zu machen, ohne dass über jeden einzelnen inhaltlichen Punkt kollektiv entschieden werden müsste.

Womöglich hört sich dies erstaunlich an, aber Politik in komplexen Gesellschaften ist exakt auf diesen Mechanismus der begrenzten Form der Partizipation und damit der Delegation von Entscheidungen an politische Institutionen angewiesen. Erstaunlich hört es sich deshalb an, weil üblicherweise eher auf das Gegenteil hingewiesen wird: auf mangelnde Partizipation und auf eine allgemeine Politikverdrossenheit. Es mag aber dagegen zutreffen, dass die Diagnose mangelnder Partizipation und Politikverdrossenheit zu einfach gedacht ist. Denn in Krisen und bei Unregelmäßigkeiten scheint es gerade das Gegenteil von Desinteresse an der Politik zu geben. Vielmehr sind die Erwartungen an die Politik enorm. Sobald etwas zu regeln ist, wird geradezu automatisch an die Politik addressiert. Ist dies nicht auch ein Ausdruck von Vertrauen in die Politik, in die politischen Institutionen, in den politischen Streit?

Keine Paketlösungen mehr

Worauf Bürger aber offensichtlich immer weniger vertrauen, sind Paketlösungen. Noch vor einer Generation waren Parteien in der Lage, kompakte Milieus abzubilden. Früher haben Parteien viel stärker kompakte Lösungen angeboten: ein Gesamtpaket unterschiedlicher Themen, die miteinander verknüpft waren. Für eine politische Präferenz hat man sich entweder milieuspezifisch entschieden, oder aber es gab so etwas wie ein persönliches politisches Schlüsselthema, das für die Präferenz den Ausschlag gegeben hat. Den Rest des Paketes hat man dann gewissermaßen mitgekauft.

Inzwischen können wir eine Art Themenpartizipation beobachten, bei dem

sich Menschen temporär zusammenfinden, aus völlig unterschiedlichen politischen Orientierungen. Stuttgart ist nur das markanteste Beispiel. Der Protest gegen Guttenberg im Internet funktionierte ganz ähnlich: Nur für dieses eine Thema hat man sich zusammengefunden, in großen Teilen ohne weitere politische Ambition. Diese eher temporären Partizipationsformen nehmen nicht zufällig besonders stark die Form des Protestes an. Dies geschieht schon deshalb, weil das Motiv für die temporäre Partizipation besonders stark sein muss, da Partizipation eben nicht routinisiert ist.

Funktion des Politischen

Etwas abstrakter lohnt es sich, aus soziologischer Perspektive die Funktion des Politischen genauer in den Blick zu nehmen. Unter der Funktion des Politischen verstehen wir üblicherweise die Bereitstellung von Mechanismen kollektiv bindender Entscheidungen. Politische Entscheidungen unterscheiden sich etwa von ökonomischen oder religiösen Entscheidungen dadurch, dass sie kollektiv bindend sind. Dabei ist das Politische nicht auf das Staatliche beschränkt, sondern umfasst alle Kommunikationsformen, die darauf zielen, kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen. Auch die alltägliche politische Meinungsäußerung ist Teil dieser Funktion – sie dient dazu, den politischen Charakter politischer Entscheidungen verstehen zu lernen.

Funktionsbestimmungen des Politischen beschränken sich zumeist auf den Aspekt des Entscheidens. Weniger beobachtet bleibt dabei der Aspekt der Kollektivität, der ja gerade deshalb im Verborgenen bleibt, weil die Kollektivität des Politischen immer schon vorausgesetzt wird. Ich schlage vor, die Funktion des Politischen nicht nur in der Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen zu sehen, sondern auch in der Herstellung und Bereitstellung von gesellschafts-

licher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit. Politische Entscheidungen unterscheiden sich von anderen dadurch, dass sie eben nicht nur Entscheidungen sind, sondern dass diese Entscheidungen – in unvermeidlicher Tautologie – für all jene bindend sind, für die sie bindend sind. Meine Erweiterung der Funktionsbestimmung im Hinblick auf Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit appelliert also exakt an dieses Definiens des Politischen, nämlich an jene adressierbare Kollektivität, die ihrer selbst ja ansichtig werden muss, um sich im Konfliktfall an die Entscheidung zu binden beziehungsweise zwangsweise an sie gebunden zu werden.

Diese Funktionsbestimmung ist insofern problematisch, als auch andere Funktionssysteme stets für Sichtbarkeiten in Form von Preisen in der Ökonomie, von Normen im Rechtssystem oder von Forschungsergebnissen in der Wissenschaft zu sorgen haben. Das Besondere der politischen Sichtbarkeit liegt freilich gerade in der Herstellung von sozialen Räumen, die sich selbst als Öffentlichkeiten beschreiben, die kommunikativ erreichbar sind. Diese Sichtbarkeit und Plausibilität ist es, die durch die Politik hergestellt werden muss, damit diese unglaublich komplexe Welt auf die einfache Form von entscheidbaren Problemen gebracht werden kann.

Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit

Was hier abstrakt ausgedrückt wurde, bedeutet konkret dies: Politik muss in der Lage sein, entscheidbare Alternativen anzubieten und dabei einen Raum der Sichtbarkeit erzeugen, in dem den Bürgern transparent wird, worum es geht. Dass wir es heute sehr stark mit themenbezogener, eventförmiger und lokaler Partizipation zu tun haben, hängt womöglich damit zusammen, dass sich hier Sichtbarkeiten und Zurechenbarkeiten leichter herstellen lassen. Für oder gegen einen bestimmten Bahnhof zu sein, für oder

gegen eine konkrete bildungspolitische Entscheidung, für oder gegen einen bestimmten Bebauungsplan und so weiter erzeugt jene Transparenz, die staatliche Politik immer weniger herzustellen in der Lage ist.

Politische Partizipation hängt davon ab, ob Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit politisch auf den Begriff zu bringen sind. Vielleicht müssen die Parteien – sowohl die Volksparteien als auch die kleineren – lernen, sich weniger an der eigenen Tradition oder einem imaginären Milieu zu orientieren als daran, was sich heute tatsächlich als politische Alternative sichtbar machen lässt. Wer vermag heute genau zu sagen, was konservativ bedeutet, was sozialdemokratische Politik bedeutet, von der Frage des Orts von Liberalität in der Gesellschaft ganz zu schweigen. Der Erfolg der Grünen in Baden-Württemberg hat ohne Zweifel damit zu tun, dass sich hier politische Differenzen eindeutig darstellen ließen.

Vielleicht ist es ein intellektuelles Selbstmissverständnis eines akademischen Beobachters der Politik: Was ich mir vorstelle, ist, dass die Bürger durchaus daran interessiert sein könnten zu wissen, was denn heute, in einer im Vergleich zum späten zwanzigsten Jahrhundert komplizierteren Welt, konservative, sozialdemokratische, liberale und auch grüne Politikkonzepte bedeuten können. Ich bin mir sicher, dass die Bürger solche Fragen diskutiert haben möchten – auch weil dabei manche Selbstverständlichkeit politischer Orientierungen auf den Prüfstand gestellt wird. Politik würde dort beginnen, wo man entdeckt, dass sich das, was sich bis vor Kurzem noch als politisch fern dargestellt hat, näher kommen wird – und umgekehrt. Denn wenn es einen Grund für die Unzufriedenheit mit dem politischen Betrieb gibt, dann ist es die Erwartbarkeit von Lösungen, Sätzen und Konzepten derer, die den politischen Betrieb nur von innen kennen.